

18. Wahlperiode

## **Antrag**

---

der AfD-Fraktion

### **Berlin wird aufgeräumt! - Schluss mit 4 1/2 Jahren rotgrüner Verwahrlosung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, gemeinsam mit der BSR die Sauberkeit in unserer Stadt als notwendige und vordringliche Aufgabe zu forcieren, und folgende Eckpunkte dabei zur Grundlage des weiteren Handelns zu machen:

- Ausstattung der BSR mit ausreichendem Personal und Sachmitteln für die zügige Entsorgung illegaler Müllablagerungen.
- Abholung des Mülls auch ohne vorherigen Auftrag durch das Ordnungsamt.
- Bauschutt sollte auch durch die BSR entsorgt werden.
- Umstellung der Müllmeldungen auf das Hamburger System: Es wird nur noch ein Foto übermittelt und optional eine E-Mail-Adresse für Rückmeldungen (wenn gewünscht). Das Foto enthält immer die GPS-Daten für eine exakte Ortsangabe. Um was für Müll es sich handelt, wird über eine Bilderkennung ermittelt.
- Es werden mehr Recycling-Höfe in den jeweiligen Ortsteilen eingerichtet.
- Die BSR erhält einen gesamtheitlichen Auftrag für die Sauberkeit der Stadt zu sorgen, an Stelle der bisherigen zahlreichen mit bürokratischem Detailaufwand verbundenen Einzelaufträge.

---

Dem Abgeordnetenhaus ist drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

### ***Begründung***

Für den ersten Punkt gilt: Die Arbeit machen die gleichen Mitarbeiter, die auch für die Schnee- und Laubbeseitigung sowie das Einsammeln der Weihnachtsbäume zuständig sind. Mit geringem Mehraufwand könnte man in den Schwerpunktbereichen feste Streifen einteilen, die ein- bis drei Mal pro Woche eine feste Strecke abfahren und allen Müll einsammeln. Das gibt es aktuell nur für wenige Straßen pro Bezirk. In allen anderen Fällen muss erst ein Auftrag durch das Ordnungsamt erfolgen. Dadurch bleibt der Müll zu lange liegen und animiert andere zur Nachahmung. Jeder weiß: wo es einmal mit eine Müllhäufchen oder ein paar Sperrmüllstücken anfängt liegt nach Monaten der halbe Hausrat einer Wohnung verstreut, garniert mit ein paar Autoreifen, stinkenden Müll und Hundekot. Matratzen in Baumscheiben, Computerschrott in Straßengräben, sogar Kühlschränke oder kistenweise Altkleider, es gibt nichts was es an Berliner Straßenrändern nicht gibt. Die beste Müllvermeidungsstrategie ist, ähnlich wie bei Graffiti: „Wehret den Anfängen“. Wo Müll ist, kommt immer mehr Müll hinzu, wenn man ihn nicht unverzüglich beseitigt.

In Gegenden mit sehr seltenen Ablagerungen lohnen sich allerdings keine feste Touren, so dass man hier das bestehende Verfahren beibehalten könnte. Die Abrechnung der Entsorgung sollte aber auch dort möglich sein, ohne dass es eines Auftrags bedarf.

Thema Bauschutt: Aktuell liegt dessen Beseitigung in der Verantwortung und der Zahlungspflicht durch die Bezirke. Dadurch ergeben sich aber Probleme der Zuordnung, weil nicht immer klar ist, ob es sich bei Abfall um Restmüll oder Bauschutt handelt. Darüber hinaus erfolgt bei gemischten Abfallhaufen dadurch immer erst die Entsorgung einer Abfallart und dann der anderen durch ein anderes Unternehmen. Die Idee war, den privaten Entsorgern auch einen Teil des Kuchens zu überlassen. Praktisch ist das Geschäft aufgrund der enormen Auflagen (z.B. vorgeschaltete Analyse von Bitumenabfällen) für private Anbieter kaum lukrativ.

Zur Lokalisierung illegaler Ablagerungen: Die aktuell eingesetzte Ordnungsamt-App hat eine Reihe von Nachteilen. Die (Müll-)Kategorien, die ausgewählt werden müssen sind sehr umfassend und werden oft falsch gewählt. Darüber hinaus ist der Ort oft nicht richtig beschrieben. Dadurch wird viel Zeit verschwendet, weil der Müll erst gesucht werden muss und sich dann teilweise noch herausstellt, dass es die falsche Müllart ist (z.B. Sperrmüll-Fahrzeug trifft auf Elektroschrott oder Bau-Schutt).

Zu den Recycling-Höfen: Mehr Höfe in der Fläche und in den Ortsteilen, denn aktuell müssen die Bürger oft zu lange warten bzw. zu weit fahren.

Zum gesamtheitlichen Auftrag: Das klingt zwar sehr formalistisch, würde es aber ermöglichen pro-aktiv und flexibel tätig zu werden. Aktuell muss zunächst immer die Bezahlung und Abrechnung geklärt werden. Insgesamt können durch gesamtheitliche Beauftragung die Bürokratiekosten gesenkt werden, da Einzelauftragserfassung, Kalkulation und Einzelabrechnung entfällt.

Berlin, den 11. Mai 2021

Pazderski Scholtysek  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion